

Erste Anklage gegen René Benko: Betrügerische Vermögensverschleierung!

René Benko steht am Landesgericht Innsbruck wegen betrügerischer Krida vor der ersten Anklage im Zuge der Signa-Pleite.



Innsbruck, Österreich - Am 15. Juli 2025 erhielt der österreichische Unternehmer René Benko seine erste Anklage wegen betrügerischer Krida. Diese wurde von der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) bekannt gegeben und bezieht sich auf die Umstände rund um die Insolvenz seiner Unternehmensgruppe Signa. Die Anklage umfasst schwerwiegende Vorwürfe, darunter das absichtliche Verschleiern von Vermögenswerten sowie die Schädigung von Gläubigern.

Die spezifischen Anklagepunkte beinhalten eine

Mietzinsvorauszahlung von 360.000 Euro für eine Villa sowie eine Schenkung von 300.000 Euro an seine Mutter. Beide Transaktionen sollen unter dem Druck von Zahlungsschwierigkeiten und vor dem Hintergrund einer drohenden Insolvenz erfolgt sein. Der Gesamtschaden beläuft sich auf etwa 660.000 Euro. Benko befindet sich seit dem 23. Januar 2025 in Untersuchungshaft und sieht sich einem möglichen Haftbefehl von ein bis zu zehn Jahren gegenüber, sollte er für schuldig befunden werden.

Detaillierte Vorwürfe

Die Anklageschrift wurde am Landesgericht Innsbruck eingereicht. Die Ermittlungen der WKStA beziehen sich nicht nur auf René Benko, sondern auch auf mehr als ein Dutzend weiterer Beschuldigte sowie zwei Verbände im Rahmen des Verfahrenskomplexes Signa. Komplexe Vorwürfe, darunter Betrug, Untreue und Gläubigerbegünstigung, sind Teil der umfangreichen Ermittlung, die sich gegen insgesamt 1.500 Ordnungsnummern richtet. Laut der WKStA beläuft sich der Gesamtschaden des Verfahrens auf etwa 300 Millionen Euro.

In diesem Kontext ist es auch bemerkenswert, dass die WKStA ein weiteres Mal die Fortsetzung der Untersuchungshaft beantragt hat, da Fluchtgefahr besteht. Ein Antrag auf Enthaftung wurde zwar gestellt, jedoch bislang nicht genehmigt.

Wirtschaftskriminalität im Blickfeld

Die Situation von René Benko wirft Fragen zur aktuellen Lage der Wirtschaftskriminalität in Österreich auf. Laut Angaben von KPMG hat das Thema an Bedeutung gewonnen, da Unternehmen zunehmend mit neuen gesetzlichen Vorgaben konfrontiert werden. Dies hängt unter anderem mit dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) zusammen, das Unternehmen verpflichtet, Maßnahmen zur Prävention von Menschenrechtsverletzungen und Umweltverstößen in ihrer Lieferkette zu ergreifen.

Die Ergebnisse von KPMG zeigen, dass 54 Prozent der befragten Unternehmen mit den Regelungen des LkSG nicht vertraut sind. Außerdem sehen 73 Prozent der Unternehmen erhebliche Auswirkungen auf ihr eigenes Geschäft, und 38 Prozent befürchten einen Reputationsschaden bei Verstößen. Diese Zahlen verdeutlichen den dringenden Handlungsbedarf im Bereich der Wirtschaftskriminalität und die Notwendigkeit, effektive Schutzmaßnahmen zu implementieren.

Die Entwicklungen rund um René Benko sind damit nicht nur ein Einzelfall, sondern stehen im Mittelpunkt eines umfassenderen Problems in der Wirtschaft, welches die Öffentlichkeit und die Justiz gleichermaßen beschäftigt.

Für weitere Informationen über die Anklage gegen René Benko lesen Sie bitte die Berichte von **5min** und **MeinBezirk**. Mehr über die Herausforderungen der Wirtschaftskriminalität erfahren Sie in dem ausführlichen Bericht von **KPMG**.

Details	
Vorfall	Betrug
Ursache	Vermögensverschleierung, Zahlungsschwierigkeiten
Ort	Innsbruck, Österreich
Festnahmen	1
Schaden in €	660000
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.5min.at• www.meinbezirk.at• kpmg.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at